

Atomwirtschaft

Strahlenkommission des Bundesumweltministers will privat gesponsert werden

Auf dem Programm der Sitzung des Ausschusses „Anlagensicherheit“ der Strahlenschutzkommission (SSK) des Bundesumweltministers in Bonn stand am 27. November 2002 die Beratung zur radioaktiven Kontamination der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen. Die Wissenschaftler der Arbeitsgruppe von Prof. Arthur Scharmann (ARGE PhAM, Giessen/ Weinheim) hatten in mehreren Gutachten im Auftrag der Ärzteorganisation gegen den Atomkrieg IPPNW eine Belastung der Umgebung mit plutoniumhaltigem PAC-Kernbrennstoff (Mikrokügelchen) nachgewiesen. Strahlentelex hatte ausführlich berichtet und die IPPNW hat den wissenschaftlichen Sachstand in einer laienverständlichen Dokumentation zusammengefaßt, die in der IPPNW-Geschäftsstelle angefordert werden kann („Die Belastung der Nahumgebung der Geesthachter Atomanlagen durch Spaltprodukte und Kernbrennstoffe“, Marschacht, 14.10.02, 70 Seiten, IPPNW, Körtestr. 10, 10967 Berlin).

Schon zum dritten Mal berät nun der Ausschuß der Strahlenschutzkommission (Vorsitz-

zende Prof. Günther Dietze, Christian Küppers) zu diesem Thema. Jeweils zu kurzfristig vor den entsprechenden Terminen wurde bei den Wissenschaftlern der ARGE PhAM zwecks Beteiligung angefragt. Die Wissenschaftler und IPPNW hatten bereits im Vorfeld der letzten Beratung im Mai 2002 darauf verwiesen, daß auch von Seiten der Atomaufsicht amtliche Informationen zu Ursachen und Hintergründen der radioaktiven Kontamination für die Diskussion zur Verfügung gestellt werden müßten. Insbesondere war um die Beantwortung der Frage gebeten worden, welche Experimente im Raum Geesthacht in den achtziger Jahren im Kontext der Fusionsforschung betrieben wurden und wo und wann bei den Geesthachter Atomanlagen der hierzu erforderliche Hybridreaktor beziehungsweise ein vergleichbares Gerät betrieben wurde. Diese Fragen wurden nicht beantwortet. Auch eine Kostenübernahme für die Teilnahme der Wissenschaftler an der Sitzung der Strahlenschutzkommission wurde abgelehnt.

Stattdessen erreichte die IPPNW, wie diese jetzt mit-

teilte, zwei Tage vor der Sitzung die Anfrage der SSK, ob nicht IPPNW die Finanzierung des Auftretens der Fachleute vor der SSK übernehmen könne. Von den Vertretern des amtlichen Strahlenschutzes wird es inzwischen offensichtlich als normal angesehen, daß die Aufklärungsarbeiten bei einer radioaktiven Umweltkontamination von Nicht-Regierungsorganisationen übernommen werden, kommentiert die IPPNW dieses Ansinnen. Sämtliche Meßprogramme der letzten 4 Jahre, die die Erkenntnisse zu Geesthacht voranbrachten, seien bislang durch die örtliche Bürgerinitiative und durch die IPPNW finanziert worden.

Die IPPNW gedenke nicht, Mitgliederbeiträge und Spenden nun auch noch für Zwecke einer amtlichen Kommission zu verwenden, deren Interesse an einer wirklichen Aufklärung der genannten Probleme bisher nicht erkennbar ist.

Am 14. Oktober 2002, merkt die IPPNW ergänzend an, hatte in dem Elbmarsch-Ort Marschacht – gegen den Willen des Kieler Finanz- und Energieministeriums als Aufsichtsbehörde für die Atomanlagen – eine öffentliche Sitzung der schleswig-holsteinischen Leukämiekommission stattgefunden. Dort waren die gesamten inzwischen erarbeiteten Ergebnisse im Zusammenhang vor-

gestellt worden. Weder die zuständigen Landesbehörden, noch die SSK, das Bundesamt für Strahlenschutz oder das Bundesumweltministerium hatten das Angebot zur gemeinsamen Diskussion wahrgenommen. An einer weiteren, angemessen vorbereiteten Sitzung, für die auch von amtlicher Seite die erforderlichen Informationen zur Verfügung gestellt werden, würden sich die IPPNW-Fachleute und Wissenschaftler der ARGE PhAM jedoch trotzdem jederzeit gern konstruktiv beteiligen, teilt die IPPNW mit.

Kommentar

Daß man bei der vom Bundesumweltminister bestellten Kommission, die die Bundesregierung in Fragen des Strahlenschutzes beraten soll (SSK), auch vom Sponsoring leben kann, scheint unter Mitgliedern dieser Kommission offenbar selbstverständlich. Daß die Ärzteorganisation für die Verhinderung des Atomkrieges (IPPNW) es mit Erstaunen aufnimmt, von dieser Kommission um finanzielle Unterstützung angegangen zu werden, verwundert auch nicht. Was jedoch den unabhängigen Beobachter nachdenklich stimmt, ist die sich jetzt aufdrängende Frage, wen die SSK noch alles um Geld bittet und womöglich auch bekommt und wie es dabei mit der fachlichen Unabhängigkeit ihrer Empfehlungen und Gutachten bestellt ist. **Th.D.**

Uranbergbau in Sachsen und Thüringen

Sklerodermie und Lupus erythematoses bei Uranbergarbeitern

Epidemiologische Untersuchungen zum Risiko der Entwicklung von Autoimmunerkrankungen bei ehemaligen Uranbergarbeitern

Auf einem Workshop der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin (BAuA) am 25. September 2001 in Berlin erörterten

Experten mögliche ursächliche Zusammenhänge zwischen der beruflichen Belastung im Uranerzbergbau, insbesondere gegenüber

quarzhaltigen Stäuben, Strahlen- und Schwermetallexposition und dem Risiko der Entwicklung von Autoimmun- und Tumorer-

krankungen. Ein Schwerpunkt des Workshops bestand in der Präsentation des Abschlußberichts zu einem Forschungsprojekt, in dem auf der Basis langjähriger Untersuchungen im Rahmen der arbeitsmedizinischen Betreuung ehemaliger Uranbergarbeiter Nutzungsmöglichkeiten immunologischer Methoden für die Früherkennung von systemischen Autoimmunerkrankungen und Bronchial-

karzinomen untersucht wurden. Insbesondere für die progressive systemische Sklerodermie (PSS) und den systemischen Lupus erythematoses (SLE) konnten erkrankungsspezifische Autoantikörper ermittelt werden, denen Bedeutung bei der Früherkennung dieser Erkrankungen zukommen könnte.

Ein zweiter Schwerpunkt des Workshops war die Frage, ob die bisher veröffentlichten Studien es erlauben, grundsätzlich von einem Zusammenhang zwischen einer Quarzstaubexposition und Autoimmunerkrankungen, insbesondere der Sklerodermie, auszugehen. In einigen Staaten nämlich, einschließlich der ehemaligen DDR, kann beziehungsweise konnte die Sklerodermie als Berufserkrankung anerkannt werden, in der Bundesrepublik Deutschland aber nicht. Die bestimmenden Experten der Bundesrepublik fühlten sich jetzt in ihrer ablehnenden Haltung zum vielfach angenommenen Zusammenhang zwischen Quarzstaubexposition und Sklerodermie eher bestärkt. Im November 2002 wurde nun in der Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin der Berichtsband des Workshops als Sonderdruck S 72 beim Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven, mit der Endfassung des Forschungsberichts veröffentlicht.

Dr.med. Karsten Conrad vom Institut für Immunologie der Medizinischen Fakultät der Technischen Universität Dresden und Dr.med. Jürgen Mehlhorn von der Ärztlichen Gutachtergemeinschaft Niederdorf nahmen eine detaillierte Bewertung der Quarzstaub-, Radon- und Arsenexposition von 1.992 ehemaligen Uranerzbergarbeitern des früheren Uranerzbergbaubetriebes SDAG Wismut in Sachsen und Thüringen vor.

Dabei fanden sie, daß nicht primär die Dauer, sondern die Intensität einer Quarzstaubexposition als möglicher Faktor im Rahmen der Entwicklung einer PSS oder eines SLE in Frage komme. PSS- und SLE-typische Autoantikörper seien, auch unter Berücksichtigung der Tatsache, daß systemische Autoimmunerkrankungen im Untersuchungskollektiv stark überrepräsentiert waren, deutlich häufiger bei Uranerzbergarbeitern als bei Steinkohlenbergleuten und nichtexponierten Kontrollgruppen. Selbst nicht an SLE oder PSS erkrankte Uranerzbergleute hätten im Vergleich zu den nichtexponierten Kontrollgruppen signifikant häufiger Autoantikörper.

Innerhalb der Gruppe Uranerzbergarbeiter habe sich eine signifikante Zunahme der Frequenz von PSS- beziehungsweise SLE-Autoantikörpern mit Zunahme der PSS- beziehungsweise SLE-Symptomatik ergeben, berichten Conrad und Mehlhorn. Zudem seien die Autoantikörper-Frequenzen in Gruppen mit klinischer Progression hochsignifikant häufiger zu finden als in Gruppen ohne Progression. Auch korreliere die Progressionsrate signifikant mit dem Autoantikörper-Status. Speziell PSS-Autoantikörper könnten als biologische Marker einer sich entwickelnden progressiv systemischen Sklerodermie gelten. In Fällen von ersten klinischen Hinweisen auf eine mögliche PSS-Entwicklung, (vor allem das Auftreten einer Raynaud-Symptomatik: anfallsweise auftretende Mangel durchblutung, meist an den Fingern) solle daher in Risikogruppen auf das Vorliegen der entsprechenden Autoantikörper gescreent werden, empfehlen die Autoren.

Bezüglich der Tumorproblematik habe gezeigt werden können, daß tumorassoziierte Autoantikörper, darunter ein neu entdeckter Autoantikörper gegen Survivin, als Biomarker

eines sich entwickelnden Bronchialkarzinoms anzusehen seien. Erstmals hätten damit in einer größeren Studie sowohl retrospektiv als auch prospektiv Hinweise auf eine frühdiagnostische Relevanz dieser Autoantikörper gefunden werden können.

Der Epidemiologe Dr.rer.nat. Matthias Möhner von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin kommt in einer bewertenden Literaturschau zu dem Ergebnis, daß für einen deutlichen Zusammenhang zwischen Silikose und systemischer Sklerodermie lediglich eine Analyse von Mehlhorn und Kollegen (1999) belastbare Hinweise liefere. Bei 75 Prozent der Patienten, so Möhner, sei die Sklerodermie erst nach der Silikose diagnostiziert worden. Lediglich bei 13 Prozent sei sie vor der Silikose erkannt worden. Berücksichtige man, daß die Sensitivität der für das Silikosescreening erforderlichen Röntgendiagnostik lediglich bei etwa 30 Prozent liege, so müsse aus epidemiologischer Sicht die Hypothese in Betracht gezogen werden, daß sich eine systemische Sklerodermie als Komplikation einer Silikose entwickeln könne. Deshalb erscheine ihm die Empfehlung folgerichtig, in der Begutachtungspraxis bei Silikotikern die Sklerodermie als Komplikation anzusehen und diese lediglich bei der Festlegung des Grades des Körperschadens zu berücksichtigen. Dieser Einschätzung widerspricht Professor Dr.med. Volker Ziegler, von 1978 bis 1992 Leiter der Arbeiten zur berufsbedingten Sklerodermie in der Leipziger Hautklinik, widerspricht dem vehement. Klinisch sei die Sklerodermie eindeutig keine Komplikation der Silikose. Die Pathogenese der Sklerodermie und die Plausibilität der quarzinduzierten Pathogenese werde in arbeitsmedizinischen Kreisen viel zu wenig diskutiert und praktisch nicht in die Überle-

gungen hinsichtlich der Anerkennung als Berufskrankheit einbezogen. Mit der Pathogenese der Silikose gebe es aber viele Gemeinsamkeiten. Quarz übe in jedem einschlägigen Organsystem seine fibroblastenstimulierende Wirkung aus. Die Fibroblasten würden über Makrophagen aktiviert und führten zu einer verstärkten Kollagensynthese. Je nachdem, in welchen Organsystemen die Kollagenstoffwechselstörungen auftreten, komme es zu einer Gefäßsklerose (Morbus Raynaud), an der Haut zur Sklerodermie oder in der Lunge zur Fibrose beziehungsweise Silikose. Bei fast allen Publikationen, die herangezogen würden, um sich gegen einen Zusammenhang zwischen Quarz und Sklerodermie auszusprechen, handle es sich entweder um Veröffentlichungen, die sich ausschließlich auf Frauen beziehen (bei Frauen gebe es diesen Zusammenhang wegen der mangelnden Exposition nicht) oder es werde sich zum Beispiel auf Auswertungen von Totenscheinstatistiken berufen. Es sei aber völlig illusorisch anzunehmen, daß bei der Ausstellung eines Totenscheines registriert wird, ob der Betroffene vor Jahrzehnten beruflich quarzstaubexponiert gewesen sein könnte. Die einzige Studie, die glaubhaft gegen einen Zusammenhang sprechen könnte, sei die von Sielmann aus England. Dazu müsse aber gesagt werden, daß die Quarz-Feinstaubkonzentration in England bei etwa 5 Prozent lägen, während sie für den Uranbergbau mit 20 bis 30 Prozent angegeben würden. Er wolle nicht sagen, daß Quarz die alleinige Ursache der Sklerodermie darstelle. Über 90 Prozent der epidemiologischen Untersuchungen und die Pathogenese sprächen jedoch dafür, daß Quarz eine Sklerodermie im Sinne einer wesentlichen Teilursache indizieren könne. Wenn die Quarzexposition zum Beispiel in England eben nicht

ausreichend sei, werde dieser Faktor in der Epidemiologie auch keine Rolle spielen können.

Schriftenreihe der Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, Sonderschrift S 72: Epidemiologische Untersuchungen zum Risiko der Entwicklung von Autoimmunerkrankungen bei ehemaligen Uranbergarbeitern. Wirtschaftsverlag NW, Bremerhaven 2002, 236 S., ISBN 3-89701-906-X, Euro 19,-.

Atommüll

Erstes Standort-Zwischenlager genehmigt

Das Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) hat am 7. November 2002 der Betreiberin des „Kernkraftwerks Emsland“ in Lingen die Genehmigung zum Betrieb eines Zwischenlagers erteilt. In dem Lager sollen die abgebrannten Brennelemente aus dem AKW für maximal 40 Jahre aufbewahrt werden, bis sie in ein Endlager überführt werden. Lingen ist das erste atomare Zwischenlager, das am Standort eines in Betrieb befindlichen Atomkraftwerks genehmigt wird. Weitere 11 Lager, die von den AKW-Betreibern beantragt wurden, befinden sich im Genehmigungsverfahren. Damit befürchtet die Ulmer Ärzteinitiative demnächst auch die Genehmigung des größten Atommüll-Lagers am AKW Gundremmingen, zu dem über 76.000 Einwendungen vorliegen. Aktuelle Gefahren durch mögliche Terroranschläge würden durch Gefälligkeitsgutachten kleingedredet, kritisiert der Sprecher der Ulmer Initiative Reinhold Thiel. Durch die Errichtung von Zwischenlagern bei den AKW und das Verbot von Transporten in die Wiederaufarbeitung ab Juli 2005 sollen die Atomtransporte praktisch auf die Rückführung deutschen Atommülls aus der Wiederaufarbeitung im Ausland beschränkt werden. Mit Hilfe

der neuen Freigaberegulungen der Strahlenschutzverordnung zur Freisetzung radioaktiver Materialien in die Umwelt und zur Weiterverwertung wird außerdem die Menge des endzulagernden Atommülls verringert. ●

Zur Begrüßung vom Strahlentelex: Ein Buch kostenlos für jeden neuen Abonnenten

Solange der Vorrat reicht erhält jeder neue Abonnent des Strahlentelex mit Elektrosmog-Report nach Zahlung seines Jahresbeitrages wahlweise ein Exemplar aus der Liste der folgenden Bücher **geschenkt**:

Jay M. Gould, Benjamin A. Goldman:

Tödliche Täuschung Radioaktivität

Niedrige Strahlung - hohes Risiko

272 Seiten, Verlag C.H. Beck, München 1992, Deutsche Originalausgabe, Zweite, erweiterte Auflage, ISBN 3406340334

oder

Catherine Caufield:

Das strahlende Zeitalter

Von der Entdeckung der Röntgenstrahlen bis Tschernobyl

Aus dem Amerikanischen übersetzt von Sebastian Scholz. 415 Seiten, Verlag C.H. Beck, München 1994, Deutsche Erstausgabe, ISBN 3406374158.

oder

Eric Chivian, Michael McCally, Howard Hu, Andrew Haines (Hrsg.):

Krank durch Umwelt

Was jeder über Umweltgifte wissen sollte

Aus dem Amerikanischen übersetzt und mit einem Glossar versehen von Sebastian Scholz. 290 Seiten, Verlag C.H. Beck, München 1996, Deutsche Erstausgabe, ISBN 3406392210.

Gewünschtes bitte bei der Abonnementsbestellung angeben.

✂ ABONNEMENTSBESTELLUNG

An Strahlentelex mit ElektrosmogReport
Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin

Name, Adresse:

Ich möchte zur Begrüßung kostenlos folgendes Buch aus dem nebenstehenden Angebot:

Ich/Wir bestelle/n zum fortlaufenden Bezug ein Jahresabonnement des **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** ab der Ausgabe Nr. _____ zum Preis von EURO 58,00 oder für 12 Ausgaben jährlich frei Haus. Ich/Wir bezahlen nach Erhalt der ersten Lieferung und der Rechnung. Dann wird das **Strahlentelex mit ElektrosmogReport** weiter zugestellt.

Im Falle einer Adressenänderung darf die Deutsche Bundespost - Postdienst meine/unsere neue Anschrift an den Verlag weiterleiten.
Ort/Datum, Unterschrift:

Vertrauensgarantie: Ich/Wir habe/n davon Kenntnis genommen, daß ich/wir das Abonnement jederzeit und ohne Einhaltung irgendwelcher Fristen kündigen kann/können.

Ort/Datum, Unterschrift:

Strahlentelex mit ElektrosmogReport • Informationsdienst • Th. Dersee, Waldstr. 49, D-15566 Schöneiche b. Berlin, ☎ 030 / 435 28 40, Fax 030 / 64 32 91 67. eMail: Strahlentelex@t-online.de; <http://www.strahlentelex.de>

Herausgeber und Verlag: Thomas Dersee, Strahlentelex.

Redaktion Strahlentelex: Thomas Dersee, Dipl.-Ing. (verantw.), Dr. Sebastian Pflugbeil, Dipl.-Phys.

Redaktion ElektrosmogReport: Michael Karus, Dipl.-Phys. (verantw.), Monika Bathow, Dipl.-Geogr., Dr.med. Franjo Grotenhermen, Arzt, Dr. Peter Nießen, Dipl.-Phys.: nova-Institut, Goldenbergstr. 2, 50354 Hürth, ☎ 02233/ 943684, Fax 02233/943683. eMail: EMF@nova-institut.de, <http://www.EMF-Beratung.de>

Wissenschaftlicher Beirat: Dr.med. Helmut Becker, Berlin, Dr. Thomas Bigalke, Berlin, Dr. Ute Boikat, Bremen, Prof. Dr.med. Karl Bonhoeffer, Dachau, Prof. Dr. Friedhelm Diel, Fulda, Prof. Dr.med. Rainer Frentzel-Beyme, Bremen, Dr.med. Joachim Großhennig, Berlin, Dr.med. Ellis Huber, Berlin, Dipl.-Ing. Bernd Lehmann, Berlin, Dr.med. Klaus Lischka, Berlin, Prof. Dr. E. Randolph Lochmann, Berlin, Dipl.-Ing. Heiner Matthies, Berlin, Dr. Werner Neumann, Altenstadt, Dr. Peter Pliening, Berlin, Dr. Ernst Rößler, Berlin, Prof. Dr. Jens Scheer †, Prof. Dr.med. Roland Scholz, Gauting, Priv.-Doz. Dr. Hilde Schramm, Berlin, Jannes Kazuomi Tashiro, Kiel.

Erscheinungsweise: Jeden ersten Donnerstag im Monat.

Bezug: Im Jahresabonnement EURO 58,- für 12 Ausgaben frei Haus. Einzelexemplare EURO 5,80.

Kontoverbindung: Th. Dersee, Konto-Nr. 5272362000, Berliner Volksbank, BLZ 100 900 00.

Druck: Bloch & Co. GmbH, Prinzessinnenstraße 19-20, 10969 Berlin.

Vertrieb: Datenkontor, Ewald Feige, Körtestraße 10, 10967 Berlin.

Die im Strahlentelex gewählten Produktbezeichnungen sagen nichts über die Schutzrechte der Warenzeichen aus.

© Copyright 2002 bei Thomas Dersee, Strahlentelex. Alle Rechte vorbehalten. ISSN 0931-4288